

Niederschrift

**über die 26. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Finanzen und Beteiligungen am Mittwoch, 10.09.2025 um 17:00 Uhr, im
Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden) ()**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Rainer Schlottmann CDU

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang CDU

Frau Susanne Brandenburg CDU

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Ramon Kimmel CDU

Herr Kevin Buchner SPD

Frau Henrike Lindenberg SPD

Vertretung für Herrn
Carsten Wannhof

Herr Dominik Stöter SPD

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis 90/Die Grünen

Frau Annegret Gronemeyer Bündnis 90/Die Grünen

Herr Peter Münnich Bündnis 90/Die Grünen

Herr Thomas Remih FDP

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Rohde SPD

Herr Axel Behner fraktionslos

Von der Verwaltung

Herr Dr. Claus Pommer Bürgermeister

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel Stadt Hilden

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Susanne Enke Stadt Hilden

Frau Andrea Förster Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Herr Martin Widersprecher Kämmerer

Ämter

Herr Torsten Schlüter Beratungs- und
Prüfungsamt

Es fehlten:

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Beschlusskontrolle des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen - 1.Halbjahr 2025
WP 20-25 SV 20/266
- 3 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 3.1 Fortsetzung des Projektes "Zukunft aktiv gestalten" (ZAG)
WP 20-25 SV 40/067
- 3.2 Statusbericht Haushaltsbewirtschaftung zum Stichtag 30.06.2025
WP 20-25 SV 20/269
- 3.3 Statusbericht Investitionsmanagement Stichtag 30.06.2025
WP 20-25 SV 20/267
- 4 Anträge
- 4.1 Antrag der Fraktion Bürgeraktion vom 09.07.2025:
Förderung der Stadtwerke Hilden GmbH von Photovoltaik-Anlagen auf großflächigen Dächern von Industrie- und Gewerbebauten
WP 20-25 SV IV/037
- 4.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 08.07.2025: Einführung einer Beherbergungssteuer zum 01.01.2027
WP 20-25 SV 20/268
- 5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Um 17:05 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rm Herr Schlottmann, CDU, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungswünsche zur Tagesordnung gab es nicht.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen von anwesenden Einwohnern gestellt.

1 Befangenheitserklärungen

Für den öffentlichen Teil der Sitzung erklärte sich niemand für befangen.

2 Beschlusskontrolle des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen - 1.Halbjahr 2025

WP 20-25 SV
20/266

Rm Herr Stöter, SPD, erkundigte sich zum Spielmobil, ob es für das kommende Jahr einen Fahrplan hinsichtlich der Verbesserung der pädagogischen Angebote und auch des mobilen Einsatzes gebe, so wie es im Antrag der SPD zur Neukonzeption gefordert wurde.

Beigeordneter Herr Eichner führte aus, dass durch die von Dezernat I generierten Spenden zur Erhaltung des Spielmobils auch die bisherigen pädagogisch geschulten Honorarkräfte im Rahmen der Neukonzeption des Spielmobils zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich des Wunsches nach mehr Pädagogik sagt er zu, Gespräche mit Dezernat I zu führen, inwieweit sich die pädagogischen Angebote in die neue Organisationsform einbinden lassen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den Sachstand über die Umsetzung politisch initiiertter Beschlüsse sowie Beschlüsse zu Anregungen gemäß § 24 GO seines Ausschusses zur Kenntnis.

3 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligung die Verlängerung des Projektes „Zukunft aktiv gestalten“ (ZAG) als freiwillige Leistung für weitere drei Jahre vom 01.01.2026 - 31.12.2028. Mit Zustimmung ist die finanzielle Zusage für die nächsten 3 Jahre unabhängig von der Haushaltssituation zu leisten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Rm Frau Brandenburg, CDU, stellte die Frage, warum man bisher keine Information zum Mehrbedarf in Höhe von 70.000,- € für die Anschaffung eines Fahrzeuges für die Schreinerei erhalten habe.

Beigeordneter Herr Stuhlträger erklärte, dass laut Haushaltssatzung der Kämmerer für eine zusätzliche Mittelbereitstellung bis 100.000,- € zuständig sei.

Rm Frau Brandenburg, CDU, fragte nach, ob auch die Möglichkeit des Leasings durchgerechnet worden sei. Dies bestätigte Beigeordneter Herr Stuhlträger.

Rm Herrn Beier, BA, bat um Erklärung, warum in den Erläuterungen im Vergleich des prognostizierten Jahresergebnisses vom ersten zum zweiten Quartal lediglich von einer Ergebnisverbesserung von rd. 4 Mio. € die Rede sei. Seiner Meinung nach habe die Verwaltung im zweiten Quartal den globalen Minderaufwand in Höhe von rd. 1,718 Mio. € nicht berücksichtigt. Demnach läge die Ergebnisverbesserung bei rd. 5,7 Mio. €. Weiterhin führe die Verwaltung aus, dass die Aufwendungen wachsen würden. Dies könne er im Vergleich der Quartalsprognosen nicht nachvollziehen.

Daraufhin bestand im Ausschuss Einvernehmen, über das Protokoll die Frage zu beantworten.

Nachtrag:

Im Anschluss an die Sitzung erläuterte Kämmerer Herr Widersprecher Herrn Beier, dass im ersten Quartalsbericht der globale Minderaufwand aufgrund des frühen Prognosezeitraums noch in Höhe des Haushaltsansatzes ausgewiesen wurde. Im Gegensatz dazu habe die Verwaltung im zweiten Quartal bereits den globalen Minderaufwand bei der Prognose der einzelnen Aufwandskonten berücksichtigt. Somit sei die im Text ausgewiesene Ergebnisverbesserung von 4 Mio. € korrekt.

Weiterhin habe die Verwaltung in den Erläuterungen darauf aufmerksam gemacht, dass insbesondere die Transferaufwendungen sowie die steigenden Sozialleistungen und Leistungen der wirtschaftlichen Jugendhilfe ein landesweites Problem für die kommunalen Haushalte darstellten, nicht nur für die Stadtverwaltung Hilden. Der in der Prognose in den

ordentlichen Aufwendungen enthaltene Minderaufwand betrage 1,723 Mio. €, wovon rd. 1 Mio. € auf die Transferleistungen entfielen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den Statusbericht zur Haushaltsbewirtschaftung zum Stichtag 30.06.2025 zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Hilden:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt den Statusbericht zur Haushaltsbewirtschaftung zum Stichtag 30.06.2025 zur Kenntnis.

3.3 Statusbericht Investitionsmanagement Stichtag 30.06.2025

WP 20-25 SV
20/267

Rm Frau Brandenburg, CDU, erkundigte sich, ob es bei der abgeschlossenen Maßnahme „Walder Str.100“ hinsichtlich der Minderleistung bei den Fassadenarbeiten zu Mehrkosten gekommen sei oder ob der ursprünglich beauftragte Unternehmer die Minderleistung verbessert habe.

Beigeordneter Herr Stuhlträger führte aus, dass es keine Nachbesserung gegeben habe, sondern neu ausgeschrieben werden musste. Man befinde sich mit dem ursprünglich beauftragten Unternehmer in der vorgerichtlichen Klärung der Kostentragung.

Weiterhin erläuterte er auf Nachfrage von Rm Herrn Kimmel, CDU, dass es bei der Maßnahme „Umbau Bürgertreff Lortzingstr. in eine Kita“ aufgrund von unterschiedlichen Auffassungen innerhalb seines Dezernates hinsichtlich des Stellplatznachweises und einer Statikprüfung bedingt durch nachträglich geplante Dachöffnungen für Lichtkuppeln zu einer späteren Baugenehmigung als ursprünglich im Projektablaufplan geplant gekommen sei.

Rm Herr Kimmel, CDU, wollte weiterhin wissen, warum statt des teuren Baus eines Regenrückhaltebeckens (RRB) am Schalbruch nicht der danebenliegende See genutzt werden könne.

Beigeordneter Herr Stuhlträger führte aus, dass das Regenwasser, welches von den Straßen durch die Kanäle geleitet werde, verschmutzt sei und in dem RRB sozusagen vorgereinigt werde. Erst dann könne es in den Hoxbach geleitet werden.

Auf die Frage des Rm Herrn Beier, BA, wann der Umbau der Lortzingstraße beendet sei, antwortete Beigeordneter Herr Stuhlträger, dass man aktuell davon ausgehe, dass zum 01.08.2026 beide Kindergartengruppen starten können.

Rm Frau Brandenburg, CDU, erkundigte sich, warum man sich bei den Planungskosten beim Bau der Kita Salzmannweg nicht an der ggfls. modifizierten Ausschreibung der Kita Holterhöfchen als „Blaupause“ orientieren könne. Die ausgewiesenen Planungskosten seien doch relativ hoch.

Beigeordneter Herr Stuhlträger gab an, dass einerseits die Vorschriften der HOAI dagegensprächen und es andererseits unterschiedliche Voraussetzungen bei den Grundstücken und den darauf möglichen Bebauungen gäbe.

Zur Erweiterung der Feuerwache erkundigte sich Rm Frau Brandenburg nach der Erstattung aus der fehlgeschlagenen Planung.

Darauf erklärte Beigeordneter Herr Stuhlträger, dass es keinen Planungsschaden gebe, mit dem die Verwaltung jemanden in Regress nehmen könne. Dies sei auch so im Bericht des BPA ausgeführt worden. Der Brandschutzbedarfsplan habe im Nachhinein neue Anforderungen ergeben, hinzu kamen zusätzliche Arbeitsschutzvorgaben im Bereich der

Rettungswagen. Die Verwaltung nutze die bereits vorhandenen Daten soweit als möglich und habe diese auch in die derzeitige Vorentwurfsplanung mit eingebracht.

Abschließend stellte Rm Frau Brandenburg die Frage, warum für den Park Holterhöfchen nun doch eine Planung, inkl. Workshop mit Anwohnern, Schülern und politischen Vertretern, durchgeführt werde, obwohl eine Sanierung nur dann in Frage komme, wenn entsprechende Fördermittel generiert werden können.

Dazu führte Beigeordneter Herr Stuhlträger aus, dass nach seiner Erinnerung die Umsetzung unter den Vorbehalt der Förderung gestellt wurde und nicht die Planung. Eine Entwurfsplanung sei notwendig um einen erfolgreichen Förderantrag stellen zu können. Daher werde eine die Planung erstellt, welche auch eine Kostenberechnung beinhalte. Diese Entwurfsplanung soll auch gemäß Beschluss im UKS den CDU-Antrag umfassen, eine Verbesserung für die Verbindung von der Pungshausstraße bis zur Kirchhofstraße für Radfahrende vorzuschlagen und werde voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres dem Gremium vorgestellt. Erst danach könne man sich um die Fördermittel bemühen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den Statusbericht zum Investitionsmanagement zum 30.06.2025 zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Hilden:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt den Statusbericht zum Investitionsmanagement zum 30.06.2025 zur Kenntnis.

4 Anträge

4.1	Antrag der Fraktion Bürgeraktion vom 09.07.2025: Förderung der Stadtwerke Hilden GmbH von Photovoltaik-Anlagen auf großflächigen Dächern von Industrie- und Gewerbebauten	WP 20-25 SV IV/037
-----	---	-----------------------

Rm Herr Beier, BA, legte nochmals die Gründe und Zielsetzungen des vorliegenden Antrags der BA dar. Er wies darauf hin, dass ein Förderprogramm nicht unbedingt monetäre Vorteile beinhalten müsse, sondern als eine Art Gestaltungsrahmen zur Förderung von PV-Anlagen auf Dächern in Hilden angeboten werden könne. Eine Kompetenzbündelung bei einem Anbieter sei sinnvoll.

Zudem fehle ihm eine entsprechende Dokumentation des Entscheidungsprozesses der Verwaltung z.B. in Form einer Matrix, womit die vorliegende negative Stellungnahme besser nachvollzogen werden könne.

Seine Fraktion halte den Antrag weiterhin aufrecht, mit der Zielsetzung der Kompetenzbündelung bei den Stadtwerken oder auch bei der NEH und einer aktiven Bewerbung des Förderprogramms.

Rm Herr Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, bemerkte, dass gerade im Sinne der Energiewende die Ausweitung von PV-Anlagen auf Dächern eine gute Sache sei. Jedoch habe man den Antrag so verstanden, dass hier entsprechende Finanzmittel seitens der Stadtwerke für eine Förderung bereitgestellt werden sollten. Dies sei abzulehnen, da sich die PV-Anlagen in der Regel nach 10 bis 15 Jahren wirtschaftlich selbst tragen würden. Ein Vorschlag im UKS sei gewesen, dass die SWH oder NEH über ihre Tätigkeiten in Sachen Dach-PV im Ausschuss berichten.

Rm Herr Remih, FDP, erinnerte daran, dass seine Fraktion bereits 2019/2020 den Antrag „Solar-City“ eingebracht habe. Eine Energiewende könne nicht nur mit den Unternehmen erreicht werden. Zudem habe seine Fraktion vorgeschlagen, kreisweit einen Fördertopf für kleinere Anlagen anzuregen, da evtl. über den Kreis noch finanzielle Fördermittel generiert werden könnten. Die freiwillige Bereitstellung von Finanzmitteln sei weder im Konzern noch im städtischen Haushalt möglich

Antragstext:

Die Stadt Hilden weist unter Wahrung aller gesellschaftsrechtlich notwendigen Beschlüsse die jeweils zuständigen Geschäftsführer der Beteiligungsunternehmen der Stadt Hilden an, dass die Stadtwerke Hilden GmbH ein Konzept zur Förderung gewerblicher Dach-Photovoltaik-Anlagen erarbeiten. Ziel dieses Konzepts soll insbesondere sein, Dach-Photovoltaik-Anlagen auf gewerblich genutzten Bauten finanziell attraktiv zu machen. Bei der Konzeptionierung sollen auch einmalige Kosten / Gebühren / Beiträge berücksichtigt werden, die durch oder über die Stadtwerke den Betreibern ggf. in Rechnung gestellt werden. U. a. sind auch Mietmodelle, bei denen die Stadtwerke als Mieter von Dachflächen auftreten, in Betracht zu ziehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei

13 Nein Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und
1 Ja Stimme BA

4.2	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 08.07.2025: Einführung einer Beherbergungssteuer zum 01.01.2027	WP 20-25 SV 20/268
-----	--	-----------------------

Rm Herr Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, zeigte sich verwundert, dass die Verwaltung dem Antrag im Gegensatz zu der vorherigen neutralen Einschätzung in der letzten Sitzungsvorlage letztendlich negativ gegenüberstehe. Die Einführung dieser Steuer würde die Hildenerinnen und Hildener nicht treffen, aber rd. 120 T € für den Haushalt bringen. Seine Fraktion gehe nicht davon aus, dass bei einer pauschalen Besteuerung von 2,- € pro Übernachtung potentielle Gäste eher in den umliegenden Städten übernachten würden.

Daher werde seine Fraktion den Antrag modifizieren: Die Stadt Hilden erhebt frühestmöglich eine Beherbergungssteuer, die Verwaltung erarbeitet einen Umsetzungsvorschlag und die Höhe der Steuer wird zu einem späteren Zeitpunkt festgesetzt.

Rm Herr Kimmel, CDU, stellte klar, dass seine Fraktion zwar dem Prüfauftrag zugestimmt habe, jedoch stehe die Steuer in keinem Verhältnis zum Aufwand, daher lehne seine Fraktion die Einführung ab.

Rm Herr Remih, FDP, bemerkte, dass nach Einschätzung seiner Fraktion jede Steuer mit bürokratischem Aufwand verbunden sei, nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Unternehmen. Daher sei seine Fraktion bereits gegen den Prüfauftrag gewesen. Seiner Ansicht nach sei der von der Verwaltung geschätzte Personalaufwand aufgrund zu erwartender Einsprüche höher als in der SV dargestellt. Letztendlich gäbe es andere Möglichkeiten den Haushalt zu sanieren.

Rm Herr Stöter, SPD, stellte fest, dass es gute Argumente für und gegen die Steuer gebe. Für eine abschließende Beurteilung fehlten aber noch Zahlen, z.B. müsse dargestellt werden, wie hoch der touristische und handwerkliche Anteil an den Übernachtungen sei.

Daher stelle er für seine Fraktion einen Vertagungsantrag in die Zeit der Haushaltsplanberatung. Auf Nachfrage sprach er sich für den Sitzungstermin des FuB im

Februar 2026 aus. Die aus Sicht der SPD-Fraktion für eine Beratung erforderliche Ergänzung der Zahlen werde die SPD der Verwaltung mitteilen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gab es keine Gegenrede zum Vertagungsantrag, so dass die Beschlussfassung in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen im Februar 2026 vertagt wurde.

Antragstext:

Die Stadt Hilden führt zum 01.01.2027 eine Beherbergungssteuer ein.
Im Stellenplan für das Jahr 2026 wird dafür eine halbe Stelle geschaffen.
Die Verwaltung erarbeitet eine Satzung, die u.a. eine pauschale Besteuerung von 2 € pro Übernachtung vorsieht.

Vertagt in die Sitzung im Februar 2026.

5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Rm Herr Beier, BA, fragte nach, wie weit die Prüfung der städtischen Gesamtabschlüsse 2022 und 2023 sei und wann diese fertiggestellt seien.

Kämmerer Herr Widersprecher erklärte, dass der Prüfer momentan mit dem Konzernabschluss der SHB ausgelastet sei. Zudem sei er derzeit auch urlaubsmäßig verhindert, was zur Folge habe, dass die Arbeiten zum Gesamtabchluss des Stadtkonzerns derzeit stagnierten. Die Verwaltung habe weitreichende Unterlagen bei den Konzerngesellschaften angefordert, welche teilweise nur schrittweise vorgelegt worden seien. Nach dem 22.09.2025 könne man mit dem Prüfer die weitere Zeitplanung abstimmen. Die Konzernabschlüsse 2023 und 2024 der SHB hätten im Ablauf jedoch Vorrang, da sich hieraus direkte Auswirkungen auf die Konditionen bei Kreditaufnahmen der Konzerngesellschaften ergeben würden.

Ende der Sitzung: 17:47 Uhr

Rainer Schlottmann / Datum
Vorsitzender

Andrea Förster / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter